

Fraktion B90/Grüne im Rasteder Gemeinderat

Ratssitzung am 25.03.03, Neusüdende bei Möhlenkamp

Top Haushalt 2003

Herr Vorsitzender,  
verehrte Ratsmitglieder,

in einem zeitaufwändigen und gelegentlich auch nervenzehrenden Verfahren haben sich Verwaltung, Fachausschüsse und Gruppen bzw. Fraktionen mit dem Haushalt 2003 beschäftigt. Herausgekommen ist ein Zahlenwerk, das den Weiterbetrieb unserer Gemeinde vorerst sichert. Enthalten ist auch ein Betrag, der aus der noch zu beschließenden Erhöhung der Kreisumlage auf wahrscheinlich 35 Punkte resultiert. Unsere Gemeinde verhält sich damit solidarisch dem Landkreis gegenüber.

Bei einer Ausgabensteigerung von 1.009.00 € und einer Einnahmenverlust von 658.000 € musste eine Deckungslücke von 1.700.000 € ausgeglichen werden.

Hier setzte nun die o.g. Arbeit an und heraus kam ein Konzept, dass mit

- Kürzungen von Zuschüssen
- Erhöhung von Gebühren und Steuern
- und Neuverschuldung

den Haushaltsausgleich schaffen soll.

Beobachter der Politik auf anderen Ebenen, z. B. der des Bundes oder der Länder, werden sich verwundert die Augen reiben, ist doch dieses Vorgehen genau das, was haushaltsmäßig von der rotgrünen Regierung in Berlin gemacht wurde.

Ich halte fest, die Umstände zwingen auch uns in Rastede zu diesem Verfahren, es gibt auch für unsere Kommune keinen anderen Weg.

In der Vergangenheit haben wir bei Haushaltsberatungen jeweils von der Seite der CDU/FDP Gruppe den Fingerzeig auf die rote Landesregierung bzw. die rotgrüne Bundesregierung und deren (angeblich) schlechtes management gehört. Alles was von dort kam, war von übel. Aber, so ist das mit dem Fingerzeig, gleichzeitig zeigen drei andere auf einen selbst zurück.

Umso heller strahlte jedoch die eigene hausgemachte Finanzpolitik: die niedrigsten Realsteuersätze weit und breit waren immer wieder Anlass für Eigenlob der CDU/FDP Gruppe und die Erwartung, mit ihrer Hilfe und einer großzügigen Ausweisung von Gewerbeflächen würde sich Rastede der allgemeinen Konjunkturabschwächung entgegenstemmen können, wurde fleißig genährt.

Nun, es ist bekanntlich anders gekommen, einem Vergleich der Finanzdaten der Gemeinden auf Kreisebene durch den Kreiskämmerer Meyer vom 7.11.2001 war erstmalig das Problem der nicht voll von der Gemeinde Rastede ausgeschöpften FAG-Mittel(ca. 92%) zu entnehmen. So stellte sich heraus, dass Rastede zwar auf der einen Seite die Realsteuersätze weit unter dem Landesdurchschnitt beließ, auf der anderen Seite aber auf beträchtliche Steuermittel verzichtete, weil das Land eine durchschnittliche Erhebung als Eigenanteil voraussetzte.

In der Bilanz ist also auf Geld verzichtet worden, dass heute zum Ausgleich des Haushalts fehlt und, das ist schon tragisch, durch Neuverschuldung herbeigeschafft werden muss, deren Zinsen und Tilgung selbstverständlich von den GemeindebürgerInnen geleistet werden muss.

Hier stellen sich nun grundlegende Fragen:

- Soll die Gemeinde ihre Bürger über die Gebühren und Gemeindesteuern für die Nutzung und Unterhaltung der Einrichtungen heranziehen, also im Sinne von Haushaltsklarheit und Wahrheit für Transparenz und Mitverantwortung sorgen?
- Sollen Verwaltung und Rat die wirklichen Kosten offen legen, und zwar tabulos?

Wir meinen ja:

- **Weil sich nur dann eine Diskussion der Aufgaben und Ziele unsere Gemeinde ergeben kann, weil nur dann, vor einem klaren finanziellem Hintergrund, über die Erhaltung beschlossener Maßnahmen und über neue, zusätzliche, fundiert entschieden werden kann.**

In diesem Zusammenhang setzt unsere Fraktion große Hoffnung in die sehr zahlreich von den Fachausschüssen erteilten Prüfaufträge, die ja, so ist die Aussage auch von Seiten der Mehrheitsgruppe, tabulos abgearbeitet werden sollen.

Zu nennen ist hier beispielhaft die Prüfung der freiwilligen gebührenfreien Leistung „Oberflächenentwässerung“ der Gemeinde für angeschlossene Grundstücke, die jährlich ca. 400.000 € kostet. Hier hat unsere Fraktion schon vor mehreren Jahren eine Prüfung gefordert und vorgeschlagen, diese Regenwassersatzung mit ökologischen Komponenten zu versehen, damit Grundstückseigentümer durch Kleinhalten bzw. Entsiegeln unnötig großer Pflasterflächen ihren Beitrag gering halten können.

Auf Einzelheiten der in den Fachausschüssen intensiv beratenen haushaltsrelevanten Dinge will ich nicht eingehen. Es gäbe eine Menge diskussionswürdiger Einzelentscheidungen.

Eine kritische Anmerkung möchte ich aber doch zur Arbeit im Ausschuss für Bau, Planung Umwelt und Straßen machen, und zwar geht es um den Umgang mit Anträgen:

- Im Januar 2002 hat unsere Fraktion den Antrag gestellt, den Kirchplatz mit einer Linde nach historischem Vorbild zu bepflanzen, sowie den Bestand der Lindenallee am Friedhofsweg, der zugleich repräsentativer Eingang zum denkmalgeschützten Rennplatz und Schlosspark ist, durch Neuanpflanzung zu ergänzen bzw. zu erhalten. Beschlossen wurde zunächst eine Bereisung, die auch im Frühjahr stattfand. Auf einer weiteren Ausschusssitzung sollte dann entschieden werden. Ähnlich sollte auch mit unserem Antrag zur Umsetzung der Beleuchtung im Nordteil der Oldenburger Straße verfahren werden.

Leider hat es dieser Ausschuss bis heute, Ende März 2003, nicht geschafft, einen klaren Beschluss herbeizuführen, so dass der Haushalt 2003 zu diesen beiden Maßnahmen nichts aussagt.

Ich fasse zusammen:

Unsere Fraktion stimmt dem Haushalt 2003 zu, erwartet aber eine umfassende Abarbeitung der erteilten Prüfaufträge und wird dabei konstruktiv an einer Konsolidierung der Finanzlage der Gemeinde Rastede mitarbeiten. Ich danke der Verwaltung, insbesondere den Herren Henkel, Dudek, Sundermann, Unnewehr, Zech und Ammermann sowie Frau Ahlers für die allzeit gute Versorgung mit Zahlen und Fakten.

Gerd Langhans